

Saale-Zeitung

Deutsches Reich

Nr. 101.

Halle, Donnerstag, den 6. März.

1919.

Beendigung des Generalstreiks?

Die Arbeiten der Nationalversammlung.

Während es in vielen Orten Deutschlands drunter und drüber geht, der Mob vorübergehend die Herrschaft gewinnt und nur mühsam die Ordnung wiederhergestellt wird, hat in Weimar die Nationalversammlung ihre Beratungen fortgesetzt und erfreulicherweise ihre Arbeiten nicht unwesentlich gefördert.

Die letzte Sitzung, über die wir berichten konnten, fand am 25. Februar statt. Damals fand das Reichswahlgesetz auf der Tagesordnung. Das Haus vertrat sich auf Donnerstag, den 27. Februar, wo die Beratung des Reichswahlgesetzes abgeschlossen wurde. Aus dieser Sitzung ist hervorzuheben, daß es Doppelpfeil der unabhängigen Sozialdemokratie scharf gegenüber wurde. Es wurde betont, daß die Unabhängigen in der Nationalversammlung sich gegen Putsche aller Art wenden und hinten herum aber teilweise mit den Spazarkräften gemeinsame Sache machten. Schließlich wurde das Reichswahlgesetz in dritter Lesung verabschiedet worden. Es kam zur Annahme mit allen Stimmen gegen die der Unabhängigen. Scharfe Erörterung fand auch ein Kollektsch für Elfaß-Lothringen, das für die Maßnahmen für die dringenden Notarbeiten in Elfaß-Lothringen eine gesetzliche Grundlage schaffen soll. Endlich wurde am 7. Februar noch das sogenannte Übergangsgesetz beraten. Der Zweck dieses Gesetzes ist, an Stelle der beseitigten Gewalten der alten Verfassung neue Rechtsnormen zu setzen und die Gesetze und Verordnungen der Revolution zu funktionieren, um eine feste Rechtsgrundlage zu schaffen.

Zu ihrer Sitzung vom 28. Februar beschäftigte sich die Nationalversammlung mit der ersten Beratung eines Entwurfs einer Verfassung für das Deutsche Reich. Der Entwurf hatte beschlossen, daß von jeder Fraktion nur zwei Redner zugelassen werden sollten und ebenso wurde die Redezeit auf eine Stunde für den einzelnen Sprecher festgelegt. Es sprachen die Hgg. Fischer (Soz.), Delbrück (D. Vpt.), Koch-Rassel (Dem.) und Heine (D. Vpt.). Aus der Rede des Demokraten sei nachträglich hervorzuheben, daß er wisse, daß die äußerste Rechte es mit der Wiederanerkennung der Monarchie ernst meine und daß andere Teile der Rechten mit dem Gedanken spielen. Hierzu wurden aus den Reihen der Deutschen Volkspartei lebhafteste Juxse laut: „Spiele? Wir meinen es sehr ernst!“ Also auch in dieser Partei trägt man sich mit dem Gedanken der Wiederanerkennung der Monarchie.

Der 1. März brachte in der Nationalversammlung die Beschließung des schon erwähnten Übergangsgesetzes. In einem Stimmungsbild über die Sitzung vom 1. März heißt es: „Das Haus fand unter dem Eindruck der Ereignisse in Halle, die lebhaft diskutiert wurden.“ Geöffnet wurde die Sitzung mit Begrüßungsworten des Präsidenten Pettenbach für die aus Oskaria heimgekehrte Heidenstam. Das Haus hatte sich während dieser Ansprache erhoben; nur die beiden Unabhängigen Cohn und Heine blieben sitzen. Im übrigen beschäftigte man sich weiter mit der Generaldebatte über den Verfassungsentwurf. Es sprachen Minister Dr. Preuß und die Abgeordneten Heine-Anhalt (Soz.), Vogel-Nürnberg (Soz.), Beyerle (Ztr.), Döringer (D. Vpt.) und Sicking (Dem.).

Endlich die Sitzung vom 4. März, die zunächst die Erörterung kleinerer Anfragen brachte und dann die Fortsetzung der Debatte über den Verfassungsentwurf. Es sprachen die Abgeordneten Heine (Unabh. Soz.), der sich energisch für das Rätesystem ins Zeug legte, Strejebann, Trimbora und Reichsminister Dr. David. Jüngst ein Ueberblick, wie sich das Schicksal der cubulligen Verfassung gestalten wird, ist noch nicht möglich. Die heftigsten Kämpfe um die Verfassung mit ihren zu erwartenden zahlreichen Änderungsanträgen werden in der Kommission zum Austrag gebracht werden.

Besprechung der hallischen Ereignisse in Weimar.

Weimar, 2. März. (Eigene Drahtnachricht.) Weizsäcker, ist es hier zu einer Einigung zwischen der Regierung und den Streikenden gekommen. Der Generalstreik. Die hallischen Delegierten verhandeln noch weiter und sind noch nicht einig über die Bedingungen des Streiks.

über die Zurückziehung des Militärs aus Halle, doch ist nicht daran zu denken, daß diese Forderung von der Regierung erfüllt wird.

Ueber die Verhandlungen wird uns jedoch noch in Einzelheiten berichtet:

Die Verhandlungen begannen am Dienstag und fanden unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Bauer statt. Anwesend waren Vertreter der Arbeiter und Angehörigen der Werke und eine Anzahl von Abgeordneten, darunter auch der Abg. Heine. Die Arbeitervertreter stellten die Forderung auf, daß

zunächst die Zurückziehung der Truppen aus Halle

erfolgen müsse, bevor verhandelt werden könne. Minister Bauer erklärte, diese Forderung sei bei der Besprechung völlig aus. Es können lediglich wirtschaftliche Fragen zur Besprechung, aber keinerlei militärische. Von den Vertretern der Arbeiterschaft wurde darauf hingewiesen, daß das

Einziehen des Militärs die Bevölkerung

habe und daß es erst nach dem Einziehen zu Ausschreitungen gekommen sei. Minister Bauer erklärte wiederholt, daß er sich in eine Erörterung der militärischen Dinge nicht einlassen könne, stellte aber fest, daß es Pflicht der Regierung gewesen sei,

unter allen Umständen den Durchgangsverkehr zu sichern.

weil die Regierung es nicht verantworten könne, wenn das ganze Wirtschaftsleben brach gelaufen werde. Ein weiterer Vertreter der Streikenden behauptete, daß

die Truppen zuerst geschossen hätten. Dem widersprachen energisch verschiedene Teilnehmer an den Besprechungen. Auch der Arbeitsminister

Liebesgaben

aller Art, vornehmlich auch Geldspenden für das brave freiwillige Landesjägerskorps, das in unserer Stadt wieder Ruhe und Ordnung schafft, nehmen unsere Geschäftsstellen Neue Promenade 1 und Gr. Ulrichstraße 52 jederzeit gern mit Dank entgegen.

Verlag und Redaktion der Saale-Zeitung.

stellte fest, daß ihm gegenüber selbst Arbeiter zugegeben hätten, daß die Truppen auf dem Markte entkommen und daß ihre Gewehre zerfallen worden seien. Im übrigen ließ der Minister keine weiteren Ausführungen über die militärischen Ereignisse in Halle zu. Interessant war die Erklärung des Streikers Peters-Halle, des Vorsitzenden des Bezirksbergarbeiters, der erklärte, daß

die Plünderungen die Dittung seien dafür, daß das Bürgerum das Militär zu Hilfe gerufen habe. Minister Bauer stellte das ausdrücklich fest und verzurückte betrieblige Schlüsselnwerden. Es sei doch höchst sonderbar, daß geplündert werden müsse, weil Militär einmüht sei. Im übrigen wurde die

Legitimation des Bergarbeiterrates

ausgewiesene. Namentlich der Bergarbeiterrate Wga. hat wohl festgestellt, wie die Wahlen zum Bezirksrat zustande gekommen seien. Dabei stellte es sich heraus, daß der Bezirksbergarbeiterrate aus sechs Personen besticht: ein Redakteur, ein Ziegeleiarbeiter (R.), ein Diplomat-Ingenieur, die eine etwas mit dem Bergbau zu tun gehabt haben, zwei Bergarbeiter und ein Streiker. Es wurde festgestellt, daß der Bezirksrat nicht von den Besiegelten, sondern von den A. und S.-Männern des Bezirks legitimiert worden ist.

Weiter fand eine Besprechung über die Maßnahmen der Regierung statt und Arbeitsminister Bauer stellte ausdrücklich fest, daß

die hallische Streikleitung den Streik

habe. Er erklärte wörtlich, noch nie sei ein Streik so leichtfertig injiziert worden als dieser. Wenn die Bergarbeiter erfahren werden,

wie falsch sie unterrichtet wurden, würde sich ihre Empörung mit Recht gegen die Streikleitung richten.

Am Mittwoch wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Eine besonders eingehende Kommission fand die Forderung, die den Bergarbeitern schriftlich übergeben werden soll.

Die Nationalversammlung und die Ostmark.

Weimar, 2. März. Die Sitzung wird um 3¼ Uhr nachm. eröffnet. Deutschnationale Interpellation über die

Zustände in der Provinz Posen.

Frau Dr. Schirmer (Deutschnat.): In den Ostmarken ist heute noch Krieg, denn die Polen haben trotz des Waffenstillstandes vom 17. Februar die Feindseligkeiten nicht eingestellt. Die deutsche Bevölkerung auf der ganzen Demarkationslinie ist in Angst und Not. Noch schlimmer ist diejenige der Demarkationslinie unter polnischer Herrschaft lebenden Deutschen, wo keine deutsche Verwaltung mehr besteht, daran. Die Gerichte sind dort einseitig mit Polen besetzt und parteiisch. Daraus ergibt sich völlige Rechtslosigkeit der Deutschen. Die deutschen Geistes die ihre Kopf wie das Vieh aus einem Korb erhalten, sind noch nicht zurückgekehrt. Die deutschen Städte und Dörfer werden mit hohen Kriegsteuer belastet. Alle Deutschen sollen von ihrer

50 Proz. Steuern für das polnische Meer

zahlen. — Die Rednerin schloß weiter in bewegten Worten die Strafanzeigen, mit denen der Krieg von den Polen gegen die Deutschen durchgeführt wird. Soll das Tauereisler auf die Wehrtauben übergeben? Die Polen haben in Westpreußen schon einen Staat im Staate gebildet. Die Danziger Bevölkerung ist außerordentlich demütigt. Ich frage daher die Regierung, was sie zu tun denkt und fähig ist.

Reichsminister Erzberger:

General Duxont hat erklärt, daß, um Verletzungen der Demarkationslinie zu verhindern, Offiziere entsandt werden sollen. Er hat sich weiter verpflichtet, für die Durchführung des Schusses der deutschen Bewohner innerhalb der Demarkationslinie einzutreten. Die alliierten Regierungen werden gegen alle politischen Übergriffe einzuwirken. Alle Heilen sollen freizulassen werden. Sobald die Einstellung der Feindseligkeiten durchgeführt ist, wird der unbefristete Waffenstillstand auf Schiffahrtswasser in der Provinz Posen wieder aufgenommen werden. Es ist zu hoffen, daß wir aus dem besetzten Gebiet im Osten landwirtschaftliche Erzeugnisse erhalten können, da auch polnische Lebensmittel wegen der großen Nachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen in Polen sich ein reger Warenverkehr entwickeln wird. Die Regierung tut alles, um die Not unserer Landsleute in der Ostmark zu lindern. Die Aussagen der Wärtlerin, daß die Polen die Demarkationslinie nicht überschreiten dürfen und die Geistes freizulassen müssen, sind Inhalt des Waffenstillstandsabkommens wenn sie auch aus formalen Gründen nicht in das Protokoll aufgenommen wurden. Gegenüber der Behauptung, daß

die polnische Bewegung auf Westpreußen übergetriebe

würde, geht es zu befehlen, ob nicht gerade die Festlegung der Demarkationslinie einen Schutz dagegen bietet. Es ist jetzt Aufgabe der westlichen Jugend besonders in der Ostmark, im Weimar mit aller Kraft zu verteidigen. Ich hätte gewünscht, daß die polnische Volkspolitik schon früher den Grundgedanken des polnischen Volkes besser gerecht worden wäre. Die Situation wäre dann für uns heute viel günstiger. Die neue preussische Regierung hat erst jetzt den Versuch machen können, berechtigten politischen Wünschen Rechnung zu tragen. Einer der wichtigsten Programmpunkte der deutschen Regierung zum Friedensschluß ist der

Schutz der nationalen Minderheiten.

Diese Forderung wird am besten dadurch begründet, daß wir bei uns weitenden nationalen Minderheiten dieselben Freiheiten einräumen, die wir für unsere deutschen Volksgenossen in anderen Ländern verlangen. (Beifall der Versammlung.)

Präsidentlicher Interimstatut: Weizsäcker: Durch das Abkommen vom 17. Februar ist der Krieg in der Provinz Posen auf der Demarkationslinie der internationalen Kommission in Warschau übertragen worden, die in diesen Tagen in Brombeere zusammentritt. Die preussische Regierung hat der Kommission bereits die Grundzüge mitgeteilt, nach welchen sie die Verhandlungen geführt zu wissen wünscht. Sie fordert u. a., daß die Provinz Posen ein Sonderrecht genießen soll. In der Weizsäckerfrage ist neben den Verhandlungen seitens der Weizsäckerkommission noch eine besondere Aktion des Polen Kreuzes im Gange. Die preussische Regierung wird nun, was in ihren Kräften steht, und sie wird sich dabei von dem Grundgedanken leiten lassen: Was deutsch ist, soll deutsch bleiben!

Auf Antrag des deutschnationalen Abg. Schulz-Bromberg findet

Besprechung der Interpellation

statt mit Beschränkung der Redezeit auf 25 Minuten. Abg. Schulz-Bromberg (Soz.): Ich bin etwas pessimistischer als die Regierung, ich habe genug mit den Polen verhandelt und mühsam: So viel Verhandlungen, so viele Fortschritte. Man wird verstehen, für das ganze weizsäckerische Dagegen eine partielle Demarkation einzuordnen. Wenn man im Gegensatz zur alten Regierung und den alliierten Minderheitenrechte und Willenskräfte adret, wird es möglich sein, daß die Polen neben den Deutschen und die Deutschen neben den Polen wohnen. Abg. Gagnon (Zent.): Auch hinsichtlich der Demarkationslinie liegen noch zwei deutsche Gebiete. Die Polen sollten sich nicht durch Rauberei verhalten lassen. Lebensmittel aus Posen zurückgeben und dadurch in Deutschland die Hungersnot zu befehlen.

Hunger ist der Vater des Volkswagens.

Wenn dieser auch in Deutschland zur Herrschaft gelangt, dann ist das Schicksal Polens besiegelt. Die gegen Deutschland gerichtete Politik schadet aber auch dem Stand der katolischen Kirche im Osten. Die deutsche Regierung sollte haben den westlichen Sinn erludnen, seinen Einfluß bei den Polen geltend zu machen, daß sie ihre Feindseligkeiten und Strafanzeigen gegen die deutsche Bevölkerung unterlassen. Die Zukunft des polnischen

